
Heimkarrieren und Entwürdigung verhindern!

Rückblick auf einen Fachtag – für das Recht in Freiheit erzogen zu werden

von Manuel Essberger

Um gemeinsam Wege zu finden, Heimkarrieren und pädagogisch begründete Entwürdigung von Kindern und Jugendlichen in Hamburg und – und möglichst darüber hinaus – nachhaltig zu verhindern, hatten Hamburger Verbände, Vereine und Organisationen zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am 13.7.2015 in der Patriotischen Gesellschaft von 1765 eingeladen. Es diskutierten Prof. Tilman Lutz, Dr. Charlotte Köttgen, Dr. Wolfgang Hammer, Prof. Timm Kunstreich, Burkhard Czarnitzki, Maren Peter, der Staatsrat Jan Pörksen, Dr. Melanie Leonhard (SPD), Wolfgang Philipp Heißner (CDU), Anna Gallina (Bündnis 90 – Die Grünen), Sabine Boeddinghaus (die Linke) und Prof. Michael Lindenberg (Moderation).

Einsperrung zum Wohl der Kinder und Jugendlichen?

Unter der Überschrift „Ausschließung und Einsperrung zum Wohl der Kinder und Jugendlichen?“ leitete Tilman Lutz die Vortragsreihe ein. (1) Das Recht, in Freiheit und Würde erzogen zu werden, sei keine Selbstverständlichkeit – die Heime des Friesenhofs, der Schönhof und die Haasenburg hätten, so

Lutz, dies deutlich gezeigt. „Das gilt, wie die Schilderungen der jungen Menschen zeigen, nicht nur für offiziell geschlossene Einrichtungen, sondern auch für Formen der Ausschließung in vermeintlich offenen Settings der Jugendhilfe. Einschluss in eine Institution oder Ausschließung aus bestimmten Teilbereichen der Gesellschaft, seien diese durchgehend oder temporär, werden regelhaft mit dem Wohl der Kinder und Jugendlichen begründet.“

Zwang, Aus- und Einschluss werden, so Lutz, explizit als Hilfe ausgewiesen, mit dem Wohl des Kindes begründet und dem Ziel der Integration untergeordnet. Zentrale Mittel seien Belohnung und Bestrafung sowie das Durchlaufen von bestimmten Stufen der Ein- und Ausschließung, die den Lockerungen im Strafvollzug gleichen. Knapp formuliert gehe es um Erziehung über den Entzug von Freiheiten, die dann durch Wohlverhalten schrittweise wieder gewonnen werden

Als reine Demagogie und Ideologie erweist sich der Irrglaube an Erziehung durch Einsperren.

„Schwierige“, psychisch kranke und kriminelle Kinder und Jugendliche „entstehen“ auf dem Verschleppbahnhof der Institutionen.

können. Diese Privilegien könne man aber auch jederzeit wieder verlieren. Lutz verdeutlichte dieses Muster mit einem Zitat des Geschäftsführers des Verbandes privater Einrichtungen in Schleswig-Holstein:

„In aller Regel werden die Jugendlichen (...) bestimmte Phasen durchlaufen, denen abgestufte Betreuungssettings entsprechen müssen (...). Man muss ihnen vieles buchstäblich zeigen – Regelmäßigkeiten, Hygiene, sich Abgrenzen und Konflikte lösen, ohne Gewalt zu üben, wie man sich bedankt, jemandem so etwas wie Wertschätzung oder Sympathie zeigt, etwas teilen usw. Eine wesentliche Hilfe kann ein klares, einfach zu durchschauendes System von Belohnungen und Sanktionen sein (...). Ein Stufensystem von erreichbaren Privilegien (z.B. Zimmerwahl und -ausstattung, begehrte Aktivitäten, Einkaufsmöglichkeiten etc.) kann motivieren (...). Hat sich die Gewöhnung mit ausreichender Verlässlichkeit stabilisiert, ist die nächste Phase, der Übergang in eine ‚offene‘ Gruppe vorsichtig anzugehen (...) Ab hier könnte die weitere Betreuung verlaufen, wie in jeder fachlich qualifizierten, modernen Heimerziehung“.

(2)

An diesem Zitat werden, so Lutz, drei zentrale Aspekte deutlich:

1. Das „Wohl“ der jungen Menschen bestehe in der Korrektur ihrer als „abweichend“ und „defizitär“ diagnostizierten individuellen Verhaltensweisen und Eigenschaften. Die als „Mängelwesen“ beschriebenen jungen Menschen würden so zu Objekten der Erziehung.
2. Die Beschränkung von Freiheit und Handlungsoptionen sei dabei ein zentrales Mittel, das strikte Regeln und Sanktionen erfordere. Gesellschaftlich „selbstverständliche“ Handlungsmöglichkeiten (Einkaufen, Musikhören usw.) würden zum Zweck der Verhaltensänderung entzogen.
3. Es werde deutlich, dass diese Form grundsätzlich „nicht offen“ sei und sich von fachlich qualifizierter moderner Heimerziehung unterscheide. Zugleich werde diese Form der Erziehung implizit als Voraussetzung für eine Erziehung in Freiheit und Würde markiert – als Vorstufe, in der mensch sich bewähren oder qualifizieren müsse.



Foto: M. Essberger

„Um das konkret zu machen: Im Konzept der im Juni wegen Kindeswohlgefährdung geschlossenen Friesenhof-Heime dominierte das Modell der Stufen – deutlich sichtbar am Durchlaufen unterschiedlich strikt reglementierter Häuser – sowie von Strafen und Belohnung.“

Erziehen im Käfig erzieht zum Leben im Käfig

In ihrem Vortrag „Erziehen im Käfig erzieht zum Leben im Käfig – aus gelungenen Reformen lernen“ stellte Charlotte Köttgen aus ihrer Sicht als Kinder- und Jugendpsychiaterin und langjährige Leiterin des JPPD (3) die verschiedenen Phasen der Hamburger Heimerziehung und der entsprechenden Fachdiskurse vor. Aus dieser Geschichte

solle man lernen – und auf entwürdigende und geschlossene Maßnahmen dauerhaft und vollständig verzichten:

„Schwer erkämpfte Errungenschaften eines vernetzten, regionalen, repressionsfreien Jugendhilfesystems wurden rückgängig gemacht und durch uneingelöste Versprechen nach mehr Sicherheit ersetzt. Die Paradigmen, die zur Integration über die Jugendhilfe hinaus, zur Verbesserung der Lebensbedingungen und fachlichen Qualifikationen im gesamten Feld sozial verursachter Problemlagen beitragen, wurden als ideologisch verleugnet. Als reine Demagogie und Ideologie erweist sich hingegen der Irrglaube an Erziehung durch Einsperren. (...) Die kurze Phase der Repressionsfreiheit seinerzeit, die beschrieben ist, war erfolgreich. Grundsätzlich gilt: Gegen die dann jeweils populistische geschürte Straflust anzukommen, ist schwer bis aussichtslos, wenn es an Grundhaltung dazu fehlt. Fachleute in den Behörden kämpfen gegen solche einfache Lösungen an. (...) Fachleute wissen: ‚Schwierige‘, psychisch kranke und kriminelle Kinder und Jugendliche ‚entstehen‘ auf dem Verschleppbahnhof der Institutionen. Kinder aus dem Gesichtsfeld zu entfernen, ist keine fachliche Lösung, es führt nicht zu mehr Sicherheit in der Bevölkerung.“

Als reine Demagogie und Ideologie erweist sich hingegen der Irrglaube an Erziehung durch Einsperren. (...) Die kurze Phase der Repressionsfreiheit seinerzeit, die beschrieben ist, war erfolgreich. Grundsätzlich gilt: Gegen die dann jeweils populistische geschürte Straflust anzukommen, ist schwer bis aussichtslos, wenn es an Grundhaltung dazu fehlt. Fachleute in den Behörden kämpfen gegen solche einfache Lösungen an. (...) Fachleute wissen: ‚Schwierige‘, psychisch kranke und kriminelle Kinder und Jugendliche ‚entstehen‘ auf dem Verschleppbahnhof der Institutionen. Kinder aus dem Gesichtsfeld zu entfernen, ist keine fachliche Lösung, es führt nicht zu mehr Sicherheit in der Bevölkerung.“

Mut und Angst in Pädagogik und Politik

Zur „Macht der Freiheit in der Erziehung – Gedanken zu Ursachen und Folgen von Mut und Angst in Pädagogik und Politik“ sprach anschließend Wolfgang Hammer:

„Wir brauchen keine Haasenburgern und Friesenhöfe. Wir brauchen keine Konzepte, nach denen jungen Menschen

Würde, Freiheit und Vertrauen erst entzogen wird, um es dann in Phasenmodellen als Belohnung wieder stückweise zu verteilen. Wir brauchen keine Wissenschaftler, die den Wert solcher Konzepte lehren. Und wir brauchen keine Politiker, die sich diese Positionen zu Eigen machen – denn Freiheitsentzug und Entwürdigung sind keine *ultima ratio* sondern ihr Gegenteil: nämlich eine *ultima irratio*, also der letzte Irrsinn.“

Es sei nicht hinnehmbar, dass Eltern, die ihre Kinder entwürdigten, zu Recht das Risiko von staatlicher Intervention und Strafjustiz zu befürchten haben, die gleichen inhumanen Methoden von Pädagogen in Einrichtungen aber zugelassen würden. Dringend erforderlich sei die verbindliche Umsetzung der Verabredungen der Runden Tische zur Heimerziehung und zum sexuellen Kindesmissbrauch, um endlich überall unabhängige Ombudsstellen für Kinder und Jugendliche zu haben, in denen Beschwerden von jungen Menschen ernsthaft nachgegangen wird.

Wer Entwürdigung und Entmündigung in der Jugendhilfe vermeiden will, muss bereit sein, Kinder und Jugendliche und ihrer Bedürfnisse von Anfang an ernst zu nehmen und so früh wie möglich an der Hilfeplanung zu beteiligen.

„Das Gegenteil von Mut ist Angst. Mut macht stark und befreit – Angst macht schwach und hat bürokratischen Kontrollaufwand zur Folge. Wir brauchen nicht nur eine Kultur der Ermutigung für unsere Kinder und Jugendlichen, sondern auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern und bei den Trägern der freien Jugendhilfe.“

Dressur zur Mündigkeit?

Am Nachmittag stellte dann Timm Kunstreich die Kampagne des AKS „Dressur zur Mündigkeit? Für die Verwirklichung der UN Kinderrechts-Konvention statt Überwachen und Erniedrigen in den Grauzonen der Hilfen zur Erziehung!“ zur Diskussion.

Die auf dem Prinzip Strafe und Belohnung – einschließlich dem darüber begründeten Entzug elementarer Grund- und Menschenrechte – basierenden Stufenprogramme widersprechen, so Kunstreich, grundlegenden Menschenrechten und sind nicht mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zu vereinbaren. „Da dieses Konvention in Deutschland unmittelbare Gültigkeit hat, müssen Einrichtungen, die mit derartigen Degradierungszeremonien arbeiten, abgeschafft

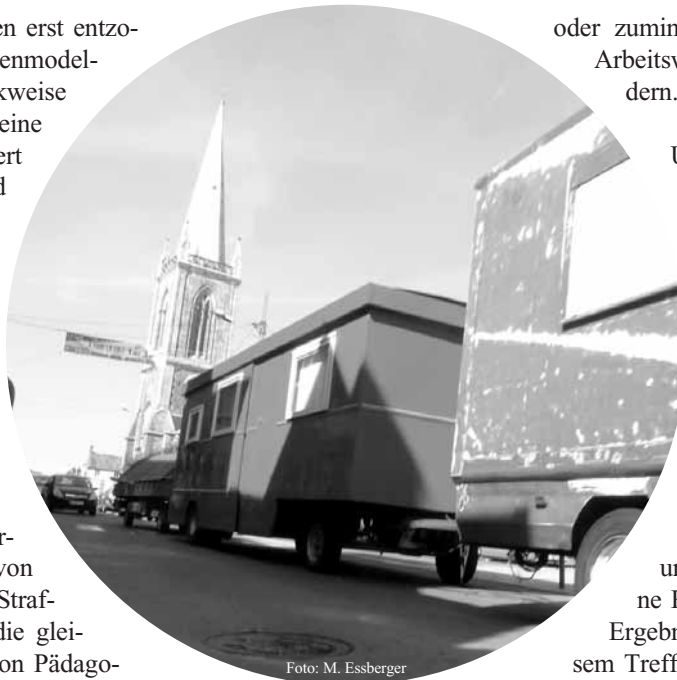


Foto: M. Essberger

oder zumindest gezwungen werden, ihre Arbeitsweisen fundamental zu verändern.“

Um sich einen Überblick über die Praxis der „Dressur zur Mündigkeit“ zu verschaffen, habe der AKS Hamburg neun zufällig ausgewählte Einrichtungen daraufhin untersucht, wie sie sich im Internet präsentieren. „Der AKS Hamburg wird bis zum 3. Bundestreffen der AKS und vergleichbarer Initiativen (im November im Ruhrgebiet) weitere Konzepte untersuchen und bittet alle, eigene Recherchen zu machen und die Ergebnisse uns mitzuteilen. Auf diesem Treffen soll der Vorschlag gemacht werden, die ganz offensichtlichen Verletzungen der Kinderrechtskonvention an den zuständigen Ausschuss für die Rechte des Kindes (Art. 43 der UN-Kinderrechtskonvention) zu schicken, damit diese Verletzungen öffentlich bekannt werden und die Bundesregierung sich dazu positionieren muss.“

Methoden, Haltungen und eine andere Praxis

An den Beispielen des KIDS und der Koordinierungsstelle individuelle Unterbringung vom Paritätischen wurde über erfolgversprechende Wege diskutiert, Ein- und Ausschluss, Heimkarrieren und Menschenrechtsverletzungen durch eine andere Haltung und eine veränderte Angebotsgestaltung zukünftig zu verhindern. Burkhard Czarnitzki stellte die Praxis des Projekts KIDS vor. Das Team arbeitet erfolgreich mit den gleichen Zielgruppen wie GU-Heime, aber mit entgegengesetzten Haltungen und Methoden. Mit seinem niedrigschwelligen Unterkunftsangebot SchlafStatt begegnet das KIDS den jungen Menschen weder mit Zwang noch mit „intensivpädagogischen Konzepten“, sondern mit den Methoden der Jugendsozialarbeit, mit den Prinzipien der Akzeptanz und der Parteilichkeit sowie einem möglichst hohen Maß an Normalität.

Maren Peters stellte anschließend die Erfahrungen der Koordinierungsstelle vor. Diese arbeitet in Hamburg daran, die Jugendlichen mit dem, was sie selber wollen, wieder einzubeziehen und gute Lösungen im Trägerverbund zu finden. Dabei gehe es v.a. darum, die wiederkehrenden Eskalationsme-

Freiheit und Würde von Kinder sind nicht nur in geschlossenen Heimen bedroht. Sie sind ein Problem der gesamten Jugendhilfe.

Um zu Lösungen zu kommen, brauchen wir eine Gesamtsicht auf die Rechte von Kindern und Jugendlichen.

chanismen in den Hilfeprozessen zu erkennen, das Verfahren zu entschleunigen und mögliche Wege aus erweiterter Perspektive zu betrachten.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion waren die Fachbehörde (Staatsrat Jan Pörksen), Wolfgang Hammer und Bürgerschaftsabgeordnete der Regierungsparteien, der CDU und der Linken vertreten. Im Fokus der Diskussion stand die Frage, inwieweit die GU als pädagogische Intervention zu rechtfertigen sei bzw. welche Auswirkung die Existenz einer derartigen „ultima ratio“ auf das Hilfesystem hat.

Schwarze Pädagogik im neuen Gewand

Wolfgang Hammer hatte bereits vor der Diskussion mit den PolitikerInnen eindringlich für ein gemeinsames Engagement gegen „schwarze Pädagogik im neuen Gewand“ plädiert:

„Freiheit und Würde von Kindern sind nicht nur in geschlossenen Heimen bedroht. Sie sind ein Problem der gesamten Jugendhilfe und der ihr zugrunde liegenden Rechtsnormen, Strukturen und Haltungen. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung, dies zu ändern. Das kann Politik allein nicht schaffen. Es bedarf auch der Mitwirkung von Praxis, Trägern sowie von Lehre und Forschung. Dabei müssen wir gemeinsam Rituale überwinden, die uns nicht weiterbringen wie z.B. alles auf Ressourcenknappheit zurückzuführen.

Ich werde auf die Umsetzung der Rechte der Kinder und Jugendlichen eingehen, die in der Jugendhilfe oftmals seit ihrer Geburt Stationen durchlaufen, die ihre Chance auf Förderung und freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit von Mal zu Mal mindern und die so zur Restgruppe werden, für die der Freiheitszug angeblich die *ultima ratio* sein soll. Ebenso werde ich die Frage stellen, warum wir (Fachebene, Träger und Politik) immer noch einer schwarzen Pädagogik im neuen Gewand einen Stellenwert einräumen, der dazu führt, dass junge Menschen in auswärtigen Einrichtungen entwürdigt und wesentlicher sozialer Kontakte beraubt werden.

Wir müssen darüber reden, wieso auch heute noch junge Menschen häufig kaum Einfluss haben, wie, wo und mit wem

sie leben wollen und warum Kinder und Jugendliche, wenn sie sich über Missstände und entwürdigende Erziehungspraktiken beschwerten, nicht ernst genommen werden. Schließlich haben die Runden Tische zur Heimerziehung und zum sexuellen Kindesmissbrauch auf Bundesebene zu der Verabredung aller Institutionen geführt, dass Beschwerden von Kindern ernst genommen werden und dass Anlaufstellen außerhalb der Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Um zu Lösungen zu kommen, brauchen wir eine Gesamtsicht auf die Rechte von Kindern und Jugendlichen und die Bereitschaft, vordergründige Rituale zwischen Regierung und Opposition zu überwinden.“

GU als Ausdruck von Ohnmacht

Interessant an der Debatte war, so Cordula Stucke vom Kinderschutzzentrum Hamburg, vor allem „der breit geteilte Tenor der Diskussion, die (Wieder-) Einführung einer geschlossenen Einrichtung als Ausdruck von Ohnmacht und Scheitern zu begreifen und als Aufforderung zu verstehen, durch Weiterentwicklung des Hilfesystems ‚Jugendhelferkarrieren‘ viel früher und nachhaltiger entgegenzuwirken.“ (4)

Anmerkungen:

- 1) Die hier vorgestellten Vorträge von T. Lutz, C. Köttgen, W. Hammer und T. Kunstreich können auf der Seite des VKJH heruntergeladen werden: <http://www.kinder-undjugendarbeit.de>.
- 2) Tischler, K. (2010): Sonderformen stationärer Jugendhilfe. In: Jugendhilfe im Dialog, Heft 4/2010, S. 53-55.
- 3) Der Jugendpsychologische und -psychiatrische Dienst (JPPD) berät die bezirklichen Hamburger Jugendämter (ASD bezogen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die in stationären Hilfen zur Erziehung leben, in psychologischen und psychiatrischen Fragen.



Foto: M. Essberger



Manuel Essberger

ist Mitarbeiter in der Gästewohnung des ASP Wegenkamp und Fachreferent im Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.